

DRINGLICHE ANFRAGE
§ 61 Abs. 3 GO-BR

der Bundesräte Isabella Theuermann, Irene Partl, Andreas Arthur Spanring und weiterer Bundesräte
an den Bundesminister für Bildung
betreffend Lehrermangel und Überlastung des Lehrpersonals, Gender-Ideologie und fehlende Sicherheit an Schulen – Es ist Zeit zum Handeln, Herr Minister!

Die Schulen in Österreich stehen vor einer ernsthaften personellen Krise. In den letzten Jahren hat sich ein akuter **Lehrermangel** entwickelt, der insbesondere in Ballungsräumen wie Wien dramatische Ausmaße annimmt. Für das Schuljahr 2025/26 müssen österreichweit rund 6.100 Lehrerposten neu besetzt werden – umgerechnet über 4.000 Vollzeitlehrkräfte. Allein in Wien werden derzeit knapp 2.000 neue Lehrkräfte gesucht, wesentlich mehr als in jedem anderen Bundesland.¹

Dieser Engpass ist auch quantitativ begründet: Die Schülerzahlen steigen wieder deutlich, nachdem sie zuvor rückläufig waren. Im Zehnjahresvergleich stieg die Zahl der Volksschulkinder um 12,6 %, was einem Plus von rund 41.000 Kindern entspricht – ausschließlich verursacht durch zugewanderte Kinder ohne österreichische Staatsbürgerschaft, deren Anzahl sich von etwa 41.000 auf 84.000 verdoppelt hat.² Statistiker führen diesen Trend direkt auf die Migrationsbewegungen ab 2015 zurück.

Diese Entwicklung überfordert das System: Trotz zahlreicher Neueinstellungen bleiben Lücken, die nur notdürftig mit Quereinsteigern, Studenten oder Pensionisten gefüllt werden können.³ In Wien standen zu Beginn des Schuljahres 2023/24 etwa 100 Klassen nur mit nicht voll ausgebildeten Aushilfskräften da.⁴ Die Reserven sind ausgeschöpft, und der Personalmangel droht sich in den kommenden Jahren weiter zu verschärfen.⁵

Mit dem Lehrermangel geht eine überproportionale Arbeitsbelastung der vorhandenen Pädagogen einher. Überstunden und Mehrdienstleistungen sind vielerorts nötig, um den Unterricht überhaupt aufrechtzuerhalten.⁶

¹<https://orf.at/stories/3391869/#:~:text=Das%20mit%20Abstand%20meiste%20neue,800%29%20ausgeschrieben> (eingesehen: 20.11.2025)

²<https://science.apa.at/power-search/12707787341564570195#:~:text=Sch%C3%BClerplus%20durch%20Migration> (eingesehen: 20.11.2025)

³<https://orf.at/stories/3329398/#:~:text=Allerdings%20stehen%20auch%20viele%20Quereinsteiger,abgeschlossen> (eingesehen: 20.11.2025)

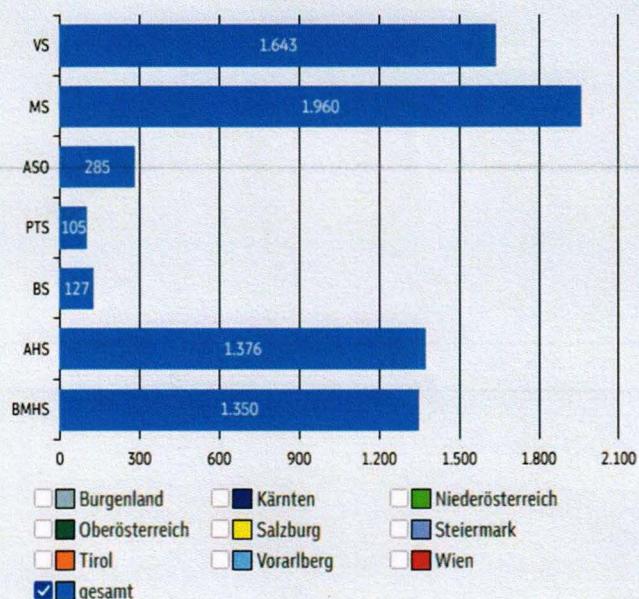
⁴<https://orf.at/stories/3329398/#:~:text=Allerdings%20stehen%20auch%20viele%20Quereinsteiger,abgeschlossen> (eingesehen: 20.11.2025)

⁵<https://www.heute.at/s/reserven-ausgeschoepft-lehrermangel-immer-schlimmer-120105584#:~:text=Posten%20ausgeschrieben> (eingesehen: 20.11.2025)

⁶<https://orf.at/stories/3329398/#:~:text=Aus%20der%20Tiroler%20Bildungsdirektion%20hie%C3%9F,August%20waren%20299%20Stellen%20ausgeschrieben> (eingesehen: 20.11.2025)

Lehrkräfte: Ausgeschriebene Stellen

für das Schuljahr 2023/2024



Hinweis: Die Bundesländer können per Klick oder Touch ausgewählt werden.

Quelle: Bildungsministerium

Bereits jetzt arbeitet ein beträchtlicher Teil des Kollegiums in Teilzeit, oftmals aus Selbstschutz, um der Dauerbelastung zu entgehen. Zudem klagen Lehrer, dass sie immer mehr unterrichtsfremde Aufgaben schultern müssen. Dieses Problem ist bereits seit Jahren bekannt, doch bislang blieben Bundesministerium und Bildungsdirektionen untätig. Ein großer Teil der Arbeitszeit des Lehrpersonals fließt in Verwaltung, Bürokratie und Dokumentationspflichten, statt in die Unterrichtsvorbereitung oder pädagogische Arbeit. „Seit Jahren versinken Schulleitungen und Lehrpersonal in Verwaltung, Bürokratie und sinnbefreiten Abfragen“, kritisierte etwa der Vorsitzende der Pflichtschullehrer-Gewerkschaft Paul Kimberger bereits 2023. Diese permanente Überlastung wurde in einem offenen Brief von Wiener Schuldirektoren als untragbar bezeichnet und ein runder Tisch gefordert. Das Bildungsministerium behauptete zunächst, derartige Probleme seien außerhalb Wiens „gar nicht bekannt“ – ein Befund, den die Gewerkschaft vehement zurückwies. Tatsächlich ist das Bürokratie-Problem ein bundesweites Phänomen: In allen Bundesländern fühlen sich Lehrkräfte von administrativen Aufgaben überwältigt und fordern schon lange Entlastung, damit sie sich wieder auf ihre Kernaufgaben Unterricht und Erziehung konzentrieren können.⁷

Die Folgen dieser Belastungen sind alarmierend. Viele Pädagogen stehen kurz vor dem Burnout, krankheitsbedingte Ausfälle nehmen stetig zu. Es gibt immer mehr Fälle von Lehrpersonen, die ihren Dienst quittieren oder vorzeitig in den Ruhestand gehen, weil sie die Bedingungen nicht mehr aushalten. Wöchentlich melden sich Schulleiter beim Gewerkschaftsvorsitzenden Kimberger mit der Ankündigung, wieder als normale Lehrer in die Klasse zurückkehren zu wollen, oder Lehrer, die das Schulsystem ganz

⁷<https://science.apa.at/power-search/11046190390254459490#:~:text=Der%20oberste%20Lehrervertreter%20Paul%20Kimerger,Schulleitung%20und%20Lehrer%20bereits%20ist> (eingesehen: 20.11.2025)

verlassen möchten.⁸ Auch zahlreiche Quereinsteiger geben frustriert wieder auf, da sie sich den Beruf anders vorgestellt hatten und keine ausreichende Unterstützung erhalten. Die Gewerkschaft warnt eindringlich: Ohne sofortige Gegenmaßnahmen zur Entlastung der Schulen werde man noch in diesem Semester noch weit mehr Personalausfälle sehen. In der Spur wird sogar mit Dienst nach Vorschrift gedroht, um den Verantwortlichen vor Augen zu führen, welches Penum derzeit von den Schulen über das normale Maß hinaus geleistet wird. All diese Warnsignale zeigen klar, dass das Bildungssystem personell auf Kante genäht ist. Einbrüche in der Unterrichtsversorgung – etwa der Ausfall von Förderstunden, Kürzungen bei Wahlfächern oder größere Klassen – sind mancherorts schon Realität. Diese Zustände an vorderster Front der Bildung sind nicht hinnehmbar in einem hochentwickelten Land wie Österreich.

Gewalt und Sicherheitsdefizite an Schulen

Parallel zur personellen Überlastung spitzt sich auch die Gewaltsituation an den Schulen dramatisch zu. Lehrpersonen berichten von einer Zunahme an Aggression und Übergriffen im Schulalltag, sowohl unter Schülern als auch gegenüber dem Lehrpersonal. Eine aktuelle Umfrage in Deutschland ergab, dass fast jede zweite Lehrkraft angibt, es gebe an ihrer Schule Probleme mit psychischer oder physischer Gewalt.⁹

Besonders alarmierend sind die Zahlen aus der Bundeshauptstadt Wien:¹⁰ Im vergangenen Schuljahr wurden dort 528 strafrechtliche Anzeigen aufgrund von Vorfällen an Schulen erstattet und 814 Suspendierungen von Schülern ausgesprochen. 664 Schüler waren derart auffällig, dass sie zeitweise vom Unterricht ausgeschlossen werden mussten; einige davon gleich mehrfach, Spitzenreiter gar fünfmal in einem Jahr. Bildungsstadtrat Wiederkehr selbst bezeichnete 2023 diese Zahlen als „wirklich problematisch“, zumal sie gegenüber früheren Jahren – bereinigt um pandemiebedingte Verwerfungen – deutlich angestiegen sind. Aktuell ist diesbezüglich jedoch auffällig wenig von (mittlerweile) Bundesminister Wiederkehr im Bildungsausschuss zu vernehmen.

Statistiken des Innenministeriums bestätigen den bundesweiten Trend:¹¹

Die Jugendkriminalität steigt, und zwar auch bei immer jüngeren Tätern. So ist die Zahl der polizeilich angezeigten Kinder unter 14 Jahren zwischen 2014 und 2023 von 6.311 auf 9.730 nach oben geschnellt – ein Anstieg um mehr als die Hälfte(!) binnen weniger Jahre. Die Gewaltbereitschaft nimmt ebenfalls zu, wie das Innenministerium konstatiert. Allein in Wien werden pro Jahr bereits rund 500 Schüler suspendiert, Tendenz steigend. Diese Jugendlichen fallen oft durch ein Ausmaß an Aggressivität auf, das herkömmliche pädagogische Maßnahmen überfordert. Ist ein Schüler einmal Intensivtäter – einige haben trotz Strafunmündigkeit schon Dutzende Delikte begangen

⁸<https://science.apa.at/power-search/11046190390254459490#:~:text=Mittlerweile%20f%C3%BCr%20er%20jede%20Woche,ein%20riesiges%20Defizit> (eingesehen: 20.11.2025)

⁹<https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/lehrerumfrage-zeigt-gewaltprobleme-an-vielen-schulen#:~:text=Umfrage%20,k%C3%B6rperlicher%20oder%20psychischer%20Gewalt%20gibt> (eingesehen: 20.11.2025)

¹⁰<https://wien.orf.at/stories/3232799#:~:text=528%20Anzeigen%2C%20814%20Suspendierungen> (eingesehen: 20.11.2025)

¹¹https://www.bmi.gv.at/magazin/2025_01_02/01_Jugendkriminalitaet.aspx#:~:text=Die%20Jugendkriminalit%C3%A4t%20steigt%20immer%20mehr,Arbeitsgruppe%20und%20Bundeskoordinator%20der%20Einsatzgruppe (eingesehen: 20.11.2025)

– bleibt Schulen oft nur noch die zeitweilige Entfernung vom Unterricht, um Mitschüler und Lehrkräfte zu schützen.

Doch die Erfahrung zeigt: Werden solche jugendlichen Gewalttäter sich selbst überlassen, etwa während einer Suspendierung, treffen sie sich unbeaufsichtigt in Parks mit Gleichgesinnten und setzen dort ihre „Karriere“ nahtlos fort. Hier rächt sich, dass für diese Altersgruppe jenseits des Schuldisziplinarrechts kaum Konsequenzen vorgesehen sind. Nicht zuletzt braucht es darum eine Betreuung gewalttätiger Schüler außerhalb der Schule, wie von der FPÖ seit langem gefordert.¹²

Konkrete Gewaltexzesse an Schulen machen immer wieder Schlagzeilen und zeigen die erschütternde Realität hinter den Zahlen. Ein besonders drastischer Fall ereignete sich im Juni dieses Jahres in Oberösterreich:^{13 14}

An der HTL Vöcklabruck wurde ein 15-jähriger Schüler monatelang von einer Gruppe älterer Mitschüler terrorisiert. Die Täter – fünf junge Männer um 20, offenbar mit Migrationshintergrund – schlugen, würgten und demütigten den 15-jährigen, filmten ihre Angriffe und steigerten sich immer weiter in ihre Grausamkeiten. Schließlich drängten sie ihn aus einem Fenster im ersten Stock – der Jugendliche stürzte zwei Meter in die Tiefe und überlebte nur mit Glück. Der Vorfall wurde zunächst unter der Hand zu regeln versucht; erst als Medienberichte – maßgeblich ein Artikel der *Kronen Zeitung* – öffentlichen Druck erzeugten, griffen die Behörden durch und verwiesen die Brutalos der Schule.

Dieser Fall steht exemplarisch für eine neue Dimension von Schulgewalt, gegen die entschlossener vorgegangen werden muss. Aber auch abseits solch extremer Einzelereignisse berichten Pädagogen, dass Respektlosigkeit und Aggression im Alltag zunehmen. „*Gewalt ist meine tägliche Arbeit*“, sagte der Wiener Schuldirektor Christian Klar, Leiter einer Brennpunktschule in Floridsdorf, erst kürzlich in einem Interview. Oft beginnen Konflikte unter Jugendlichen wegen scheinbarer Nichtigkeiten – „mein Volk wurde beleidigt, meine Religion wurde beleidigt“ – und enden sofort mit Fäusten, da viele Schüler mit Migrationshintergrund nicht gelernt haben, Konflikte anders zu lösen.¹⁵ Schläge, Tritte, Drohungen werden von manchen bereits als legitime Reaktion betrachtet, wenn sie sich oder ihre Gruppe beleidigt fühlen. Direktor Klar berichtet, viele seiner Schüler seien völlig überrascht, dass Gewalt an der Schule schlicht verboten ist, da sie aus einem Milieu kommen, in dem das Faustrecht gelte.

Auch Mobbing nimmt härtere Formen an: „*Früher wurde bloß gespottet, heute wird bedroht, geschlagen, erpresst*“, so Klar. An seiner Schule kommt es im Schnitt zu 20 Polizeieinsätzen pro Jahr, und sogar Raubüberfälle unter Schülern hat es bereits gegeben. Die Täter bleiben nicht selten straffrei – was bei den Opfern und Lehrkräften ein Gefühl der Ohnmacht hinterlässt.

¹² <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/A/217> (eingesehen: 26.11.2025)

¹³ <https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/voecklabruck-schule-ermittlungen-mobbing-geschlagen-gefilmt/403053133> (eingesehen: 20.11.2025)

¹⁴ <https://www.exxtra24.at/bernhard-heinzlmaier-der-grosse-integrations-schwindel/#:~:text=Zuletzt%20wurde%20ein%2015,nicht%20auf%20dem%20Schulweg%20heim> (eingesehen: 20.11.2025)

¹⁵ <https://www.heute.at/s/schueler-schreiben-ins-buch-der-islam-wird-siegen-120028792#:~:text=,hier%20einfach%20nicht%20erlaubt%20ist%20ist%20%9C> (eingesehen: 20.11.2025)

Besorgnis erregend ist zudem die Zunahme von Gewalt und Drohungen gegenüber Lehrpersonen.^{16 17 18}

Zwar scheuen sich viele Lehrer, Übergriffe öffentlich zu machen, doch Umfragen entlarven das „*Märchen vom Einzelfall*“: Von Beleidigungen und Schikanen bis zu körperlichen Attacken – immer mehr Pädagogen sind direkt betroffen.

Erst im Vorjahr wurde publik, dass an einer Wiener Mittelschule ein Lehrer von einer Gruppe Jugendlicher so lange bedrängt und provoziert wurde, bis er schließlich – von einem Schüler gefilmt – die Fassung verlor. Solche Eskalationen zeigen, wie sehr das Autoritätsgefüge an manchen Schulen aus den Fugen geraten ist. Rückhalt von Seiten der Schulbehörden wird hierbei oft vermisst. Die Wiener Lehrergewerkschaft warnt, man spüre „*die sich immer weiter zuspitzende Lage täglich in unseren Schulen*“, doch die Verantwortlichen hätten bislang nicht adäquat reagiert. In extremen Fällen – etwa bei expliziten Drohungen gegen Lehrkräfte – bleibt letztlich nur die Polizei, um für Sicherheit zu sorgen. Es kann nicht sein, dass Klassenzimmer zu gefährlichen Orten werden. Schule muss – so hat es Minister Wiederkehr 2023 noch in seiner Funktion als Stadtrat selbst formuliert – ein angstfreier Raum für Schüler *und* Lehrkräfte sein. Davon sind wir aktuell jedoch weit entfernt. Die geschilderten Zustände unterstreichen die Dringlichkeit, mit der hier gehandelt werden muss: Zum Schutz der Kinder, die ein Recht auf Bildung in einem sicheren Umfeld haben, und zum Schutz der Lehrer, die ihren Dienst nicht unter Angst und Bedrohung verrichten dürfen.

Integrationsproblematik durch Massenzuwanderung^{19 20 21 22}

Ein Großteil der beschriebenen Missstände – ob Lehrermangel, Disziplinprobleme oder Gewalt – steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Integrationsherausforderung infolge der Massenzuwanderung der letzten Jahre. Demografisch hat die Migration die Schülerzusammensetzung an vielen Schulen grundlegend verändert. In ganz Österreich haben bereits 27 % der Schüler eine andere Umgangssprache als Deutsch, Tendenz steigend. In urbanen Ballungszentren und sogenannten Brennpunktschulen liegen die Anteile weit höher: So berichtet Direktor Klar von 90 % Kindern mit Migrationshintergrund an seiner Wiener Schule, über die Hälfte davon muslimischen Glaubens. Eine aktuelle Erhebung in Wien zeigt, dass mittlerweile rund ein Drittel der Volksschüler Muslime sind – sie bilden damit die größte religiöse Gruppe, noch vor katholischen Kindern (21 %).

¹⁶<https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/lehrerumfrage-zeigt-gewaltprobleme-an-vielen-schulen/#:~:text=Umfrage%20,k%C3%B6rperlicher%20oder%20psychischer%20Gewalt%20gibt> (eingesehen: 20.11.2025)

¹⁷<https://www.friedrich-verlag.de/bildung-plus/schulleben/nicht-zaehlen-nicht-handeln/#:~:text=Gewalt%20gegen%20Lehrerinnen%20und%20Lehrer,entlarvt%20das%20M%C3%A4rchen%20vom%20Einzelfall> (eingesehen: 20.11.2025)

¹⁸<https://wien.orf.at/stories/3232799/#:~:text=Erst%20k%C3%BCrzlich%20hatte%20die%20Wiener,bringen%20und%20den%20Rechtsstaat%20verh%C3%BCnen> (eingesehen: 20.11.2025)

¹⁹file:///C:/Users/probst/Downloads/integrationsber_2022_NB.pdf (eingesehen: 20.11.2025)

²⁰<https://www.heute.at/s/schueler-schreiben-ins-buch-der-islam-wird-siegen-120028792/#:~:text=Christian%20Klar%20,dessen%20Herausforderungen%20im%20Fastenmonat%20Ramadan> (eingesehen: 20.11.2025)

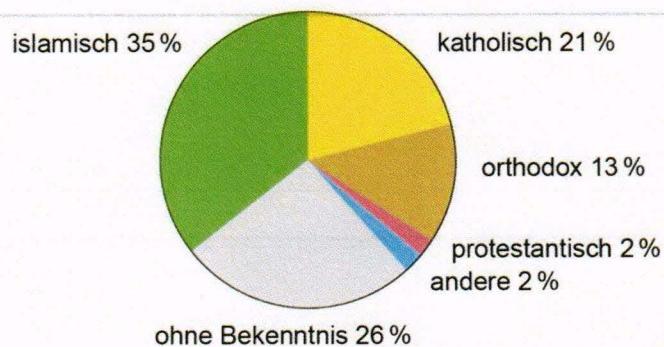
²¹<https://www.vienna.at/muslime-mittlerweile-groste-religiöse-gruppe-an-wiener-volksschulen/8778577> (eingesehen: 20.11.2025)

²²<https://science.apa.at/power-search/12707787341564570195/#:~:text=Bei%20den%20Sch%C3%BClerzahlen%20geht%20eine,2%2C5%20Prozent%20mehr%20als%202022%2F23> (eingesehen: 20.11.2025)

Dieser Wandel ist Folge der ungebremsten Zuwanderung und Geburtenrate in migrantischen Communities und vollzog sich in wenigen Jahren: 2016 waren an Wiener Volksschulen noch 28 % der Kinder muslimisch; heute sind es 35 %.

Religion an Wiener Volksschulen

Anteil in öffentlichen Volksschulen, Schuljahr 2023/24



Grafik: © APA, Quelle: Bildungsdirektion

APA

Gegenüber dem Schuljahr 2016/17 haben sich die Anteile damit stark verschoben - wobei die Zahlen damals anders erhoben wurden und nicht direkt vergleichbar sind, teils gab es Lücken. Laut Daten des damaligen Stadtschulrats waren vor sieben Jahren noch 31 Prozent katholisch, 28 Prozent Muslime und 17 Prozent ohne Bekenntnis.

Insgesamt hat die Familienzusammenführung und Flüchtlingsbewegung seit 2015 tausende schulpflichtige Kinder neu ins Land gebracht, oftmals mit wenig bis null Deutschkenntnissen und großem Integrationsbedarf. Die Integration dieser Kinder wurde jedoch versäumt oder zu spät angegangen, wie selbst der (ehemalige) Bildungsdirektor von Wien, Heinrich Himmer, selbstkritisch einräumt: „Aufgrund der Familiennachzüge haben wir genau bei den Kindern zu wenig oder zu spät Integrationsmaßnahmen angesetzt“, so Himmer; man sei „ein gutes Stück weit entfernt“ davon, allen Kindern ein selbstbestimmtes, gutes Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Hier wurden offensichtlich gravierende Fehler gemacht, die nun in den Klassenzimmern ausgetragen werden.

Die kulturellen Konflikte und Wertekontraste, die durch unbewältigte Integration entstehen, zeigen sich an den Schulen in aller Schärfe.^{23 24 25 26}

Zahlreiche Beispiele belegen, dass teils fundamentalistische Wertvorstellungen importiert wurden, die mit den Prinzipien einer westlichen Demokratie kollidieren. Schon 2018 warnte die Wiener Lehrerin Susanne Wiesinger vor einem „Kulturmampf im Klassenzimmer“: In ihrem gleichnamigen Buch schilderte sie, wie ein orthodox verstandener Islam an manchen Schulen ein Klima der Intoleranz und Angst erzeugt. Aktuelle Berichte bestätigen diese Tendenz. Auch Direktor Klar beschreibt „erschreckende Beispiele des konservativen Islam im Schulalltag“: Hass gegen

²³<https://www.vienna.at/neues-buch-zeigt-auf-islam-wird-im-schulalltag-zum-immer-groseren-problem/8914462#:~:text=Muslimen%20gr%C3%B6%20Gruppe%20an%20Wiener,Volksschulen> (eingesehen: 20.11.2025)

²⁴<https://religion.orf.at/v3/stories/2958565#:~:text=Heinisch%20sprach%20sich%20bei%20der,das%20Problem%20ebenfalls%20nicht%20%C3%86sen> (eingesehen: 20.11.2025)

²⁵<https://www.extrat24.at/bernhard-heinzlmaier-der-grosse-integrations-schwindel/#:~:text=Noch%20immer%20wird%20uns%20von,aber%20um%20einen%20unversch%C3%A4mt%20Schwindel> (eingesehen: 20.11.2025)

²⁶https://www.bmi.gv.at/magazin/2025_01_02/01_Jugendkriminalitaet.aspx#:~:text=Jugendbanden (eingesehen: 20.11.2025)

Andersgläubige, Verachtung gegenüber anderen Religionen, gezieltes Mobbing von nicht-muslimischen Kindern und sozialer Druck auf muslimische Mädchen, ein Kopftuch zu tragen. Zahlreiche Mädchen legen aus Angst vor Anfeindungen ein Hijab an, weil sie von Mitschülern ansonsten als „unreine Huren“ bezeichnet werden würden, sobald sie ihr Haar offen zeigen. Sogenanntes „Kopftuch-Mobbing“ – religiöse Peergroups, die Mädchen ohne Schleier unter Druck setzen – ist laut Experten in Wien keine Seltenheit. Selbst Grundschulkinder fasten mittlerweile im Ramadan, obwohl sie vom Religionsgebot eigentlich ausgenommen wären und beeinträchtigen damit ihre Gesundheit und Lernfähigkeit im Unterricht. Regelmäßiger Unterricht ist während des Fastenmonats „oft kaum mehr möglich, weil die Kinder unterzuckert und dehydriert keine Leistung bringen können“, schildert ein Wiener Lehrervertreter. Auch der Sportunterricht leidet unter religiösen Tabus – etwa wenn Mädchen keinen Turnanzug anziehen oder das Kopftuch nicht ablegen wollen – und immer öfter werden sogar Gebetsräume in der Schule eingefordert. Hier tritt ein kulturelles Auseinanderdriften zu Tage: Statt eines gemeinschaftlichen Miteinanders im Klassenverband bilden sich Parallelwelten nach Religionszugehörigkeit, was dem Bildungs- und Integrationsauftrag der Schule fundamental entgegensteht.

Erschütternd sind auch Berichte, wonach Schüler gezielt versuchen, ihre Mitschüler zum Übertritt zum Islam zu drängen. „*Die Mehrheitsgruppe gibt den Ton an. Wer nicht gemobbt werden will, konvertiert zum Islam*“, beschreibt Direktor Klar die Realität an seiner Schule unverblümt. Tatsächlich gab es Fälle, in denen nicht-muslimische Kinder aus Angst vor Ausgrenzung das islamische Glaubensbekenntnis nachsprachen. Solcher Gruppenzwang und fundamentalistische Indoktrination haben in öffentlichen Schulen nichts verloren. Ebenso wenig akzeptabel sind die vermehrt geäußerten extremistischen Ansichten mancher Schüler: Homophobie etwa – „*Ich habe hier Schüler, die sagen: Schwule gehören umgebracht*“ – oder antisemitische und antiwestliche Parolen. Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 häuften sich Berichten zufolge Fälle, in denen an Wiener Schulen offen antisemitische Aussagen getätigt oder Israelfahnen zerrissen wurden. Einige Jugendliche verhöhnen die Gleichberechtigung der Frau. Solche Haltungen werden oft von radikalen Einflüssen außerhalb der Schule gespeist. Lehrer, die im Unterricht demokratische Werte lehren und problematisches Verhalten thematisieren, sehen sich nicht selten dem Vorwurf ausgesetzt, „rassistisch“ zu sein, was die Autorität der Lehrkräfte weiter untergräbt.

Experten sprechen mittlerweile offen von einer Integrationskrise an den Schulen. Der Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier etwa kritisiert den „großen Integrations-Schwindel“ der Politik. Man habe der Bevölkerung weisgemacht, die Integration kulturfremder – vor allem muslimischer – Migranten könne problemlos gelingen, doch die Realität zeige ein anderes Bild. Es seien vor allem die sozial Schwächeren in den städtischen Gemeindebauten und Brennpunktschulen, die die Folgen der verfehlten Zuwanderungspolitik tragen würden, während sich die Eliten in teuren Privatwohnsitzen von den Problemen mittels Privatschulen abschotten könnten. Heinzlmaier schildert drastisch, was in vielen Wiener Flächenbezirken Alltag ist: „*Aggressive junge muslimische Männer aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und der Türkei tobten sich in den Wiener Bezirken so richtig aus.*“

Völliges Scheitern der Integration an Schulen

Die Konsequenz sind importierte Gewaltkonflikte, die früher hierzulande unbekannt waren. So kam es in Wien in letzter Zeit zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen

Jugendbanden unterschiedlicher Ethnien – beispielsweise Syrern und Afghanen auf der einen Seite gegen Tschetschenen auf der anderen. Ausgangspunkt waren Rivalitäten um Vorherrschaft in Parks, die in Racheaktionen und einer aufgeschaukelten Gewaltspirale mündeten.

In Chatgruppen wurde zu Bewaffnung aufgerufen und die Polizei als Feindbild festgelegt. Diese Form von Bandenkriminalität unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeigt ein völliges Scheitern der Integration und bedroht die allgemeine Sicherheit.

Auch abseits solcher Extremfälle ist klar: Die Probleme haben in diesem Ausmaß erst durch die Massenzuwanderung der letzten Jahre an Schärfe gewonnen. Natürlich gab es stets Konflikte an Schulen, jedoch Verantwortliche wie der oberste Lehrervertreter Paul Kimberger bestätigen, dass sich die von Klar und Wiesinger geschilderten Phänomene in Ballungsräumen mit hohem Migrantenanteil massiv konzentrieren – „sicher nicht in der Konzentration wie in Wien“ anderswo auftreten. Wiens Schulen stehen damit stellvertretend für die Herausforderungen, die entstehen, wenn Integrationspolitik versagt: Nicht die Herkunft an sich ist das Problem, sondern das Kultur- und Wertegefälle, das mangels Integration aufeinanderprallt. Die Schule wird so zum Schauplatz gesellschaftlicher Spannungen, die außerhalb der Schultore ungelöst blieben. Fehlt eine dominante, mehrheitliche Leitkultur, wird es für Schüler mit Migrationshintergrund in sprachlicher wie in kultureller Hinsicht nahezu unmöglich sich irgendwo hineinzointegrieren.

Fehlende Unterstützung der Lehrer durch die Schulbehörden ^{27 28 29 30}

Angesichts der oben grob skizzierten Probleme – Überlastung, Gewalt und Integrationskonflikte – fühlen sich die Lehrer im Stich gelassen. Unterstützung vonseiten der zuständigen Behörden wird vielfach vermisst. Statt Rückendeckung erleben viele Pädagogen eine Kette von Managementfehlern und Ignoranz, die ihre Lage weiter verschlimmert.

Ein eklatantes Beispiel liefert die Bildungsdirektion Wien in Personalfragen: Obwohl Wien händeringend zusätzliches Lehrpersonal benötigt, schafft es die Behörde nicht einmal, die vorhandenen Lehrkräfte korrekt und pünktlich zu bezahlen. Gehaltseinstufungen und Nachzahlungen dauern in Wien teils bis zu fünf Jahre, neue Lehrer werden jahrelang mit falschen (zu niedrigen) Gehältern abgespeist. Trotz wiederholter Versprechungen wurde dieses Problem bislang nicht gelöst – ein Umstand, den die Lehrergewerkschaften verständlicherweise als „*unhaltbaren Zustand*“ anprangern. In einem offenen Brief vom September 2024 wandten sich die Bundesvorsitzenden der AHS- und BMHS-Gewerkschaft direkt an Bürgermeister Ludwig und (dem damaligen) Bildungsstadtrat Wiederkehr, um diese Missstände endlich abzustellen. Darin heißt es unmissverständlich: Die Wiener Lehrer hätten genug von Absichtserklärungen, „*sie wollen Taten sehen*“.

²⁷https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240927OTS0062/maengel-in-der-bildungsdirektion-wien-gehoeren-umgehend-behoben (eingesehen: 20.11.2025)

²⁸<https://science.apa.at/power-search/11046190390254459490#:~:text=einen%20Abbau%20von%20B%C3%BCrokratie%20und,Schulleitungen%20und%20Lehrer%20bereits%20ist> (eingesehen: 20.11.2025)

²⁹<https://wien.orf.at/stories/3232799#:~:text=Erst%20k%C3%BCrzlich%20hatte%20die%20Wiener,bringen%20und%20den%20Rechtsstaat%20verh%C3%BCnhen> (eingesehen: 20.11.2025)

³⁰<https://www.extrat24.at/bernhard-heinzlmaier-der-grosse-integrations-schwindel/> (eingesehen: 20.11.2025)

Besonders empörend: Vorschläge von Schulleitungen und Personalvertretungen, wie man das Abwickeln der Gehaltsvorrückungen beschleunigen oder organisatorische Mängel beheben könnte, werden regelmäßig vom Tisch gewischt. Gleichzeitig leistet man sich in Wien den Luxus, die Stabsstelle Kommunikation aufzublähen, um wöchentliche Newsletter an alle Lehrkräfte zu verschicken – während an der Basis die fundamentalen administrativen Probleme ungelöst bleiben. Dieses ignorante Verhalten der Bildungsdirektion ist ein Schlag ins Gesicht all jener Pädagogen, die Tag für Tag schier Übermenschliches leisten und dafür nicht einmal die ihnen zustehende Entlohnung zeitgerecht erhalten.

Die Kluft zwischen Schulrealität und Behördenleitung zeigt sich auch in der allgemeinen Wahrnehmung der Problemlage. Viele Lehrkräfte haben den Eindruck, dass Ministerium und Bildungsdirektionen kaum wissen (oder wissen wollen), wie es in den Klassenzimmern aussieht. So wurden jahrelang Warnrufe aus den Schulen ignoriert. Schon 2018 hatte Susanne Wiesinger als Ombudsfrau im Bildungsministerium auf besorgniserregende Entwicklungen – insbesondere in Wiener Brennpunktschulen – hingewiesen. Sie stieß jedoch auf Unverständnis und Schweigen, was sie schließlich resigniert das Handtuch werfen ließ. Lehrergewerkschafter Thomas Krebs klagt, man warne seit Jahren vor der zunehmenden Radikalisierung an Schulen, doch „*die Verantwortlichen haben bisher auf die Problemlage nicht reagiert*“.

In der Tat wurde vielerorts erst gehandelt, nachdem die Situation eskalierte – etwa als vermehrt Videos von Prügeleien und Angriffen in sozialen Medien auftauchten oder die Presse brisante Fälle enthüllte. Eine frühzeitige, präventive Strategie der Behörden war kaum erkennbar. Im Gegenteil: Mitunter hatten Schulleitungen den Eindruck, unangenehme Vorkommnisse lieber vertuschen zu sollen, anstatt sie offen anzusprechen. Der eingangs erwähnte Fall an der HTL zeigt dies deutlich – ohne Medieninteresse wäre er womöglich intern unter den Teppich gekehrt worden.

Auch im Alltag fühlen sich viele Lehrer allein gelassen, wenn es um Disziplinarmaßnahmen geht. Zwar wurden jüngst in Wien sogenannte „Eingreifteams“ und mehr Schulsozialarbeiter versprochen, doch flächendeckend spürbar ist deren Wirkung noch nicht. Oft bleibt es an der einzelnen Lehrkraft hängen, mit schwierigen Schülern oder Klassen fertigzuwerden. Dabei wäre gerade in schweren Fällen rasche Unterstützung von außen nötig – durch schulpsychologische Dienste, durch die Kinder- und Jugendhilfe oder im Extremfall durch die Exekutive. Bildungsdirektor Himmer betonte zwar, dass bei expliziten Drohungen gegen Lehrer selbstverständlich die Polizei einzuschalten sei. Doch diese Einsicht kommt reichlich spät und entbindet nicht von der Verantwortung, präventiv tätig zu werden. Es darf nicht sein, dass Lehrkräfte zuerst massiven Bedrohungen ausgesetzt werden, bevor Hilfe greift.

Hinzu kommt die durch die Bildungspolitik selbst verursachte Bürokratisierung der Schulverwaltung, welche die Schulen lähmt. Die Bildungsreform 2017 mit der Einrichtung der neuen Bildungsdirektionen hätte eigentlich Entlastung bringen sollen, führte aber – so die Kritik – zu noch mehr Verwaltungsaufwand in der Umstellungsphase. Viele Direktoren sind bis heute mit EDV-Systemen, Planstellenmanagement und Berichtsfluten beschäftigt, anstatt für Lehrer und Schüler da sein zu können. „*Gerade in Zeiten eines Lehrermangels wird eine Schule durch jeden überbordenden Verwaltungsprozess gelähmt*“, bringt Thomas Krebs das

Problem auf den Punkt. Zwar hat das Ministerium in Absprache mit der Gewerkschaft einzelne Entlastungspakete geschnürt – etwa zusätzliche Sekretariatskräfte an Pflichtschulen –, doch ein großer Teil davon versickert in der Verwaltung und kommt an den Schulen gar nicht an. Kimberger spricht hier von einem „riesigen Defizit“ seitens des Ministeriums und der Bildungsdirektionen. Solange grundlegende Abläufe – von der Bezahlung über die Personalzuweisung bis zur Kommunikation – nicht funktionieren, bleibt den Lehrkräften zusätzliche Last aufgebürdet. In Summe entsteht der Eindruck: Die Lehrer kämpfen, aber die Verwaltung versagt. Die engagierten Pädagogen Österreichs hätten sich eine Bildungsverwaltung verdient, die ihnen den Rücken stärkt, statt ihnen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Negativbeispiel Wien – Versagen unter Bildungsstadtrat Wiederkehr^{31 32 33 34}

Besonders Wien steht sinnbildlich für die geschilderten Probleme – hier laufen die Defizite in Zuspritzung zusammen. Lehrermangel, Überlastung, Gewalt und Integrationsprobleme treten in Wien am stärksten hervor, was selbst unabhängige Beobachter bestätigen. „Ähnliche Phänomene gibt es auch in anderen Ballungsräumen, allerdings sicher nicht in der Konzentration wie in Wien“, hält der Lehrergewerkschafter Paul Kimberger fest.

Wien als größte Stadt und Hauptziel vieler Zuwanderer ist gewissermaßen das Brennglas, in dem Versäumnisse sichtbar werden. Doch ausgerechnet hier blieben die politischen Verantwortlichen Antworten schuldig. Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr (NEOS), der ab 2020 in Wien das Schulressort leitete, hat es offenkundig nicht vermocht, den Negativtrends entgegenzusteuern. Unter seiner Ägide spitzte sich der Lehrermangel weiter zu – jedes Jahr mussten hunderte Planstellen unbesetzt bleiben oder in letzter Minute notdürftig gefüllt werden. Zugleich explodierten die Integrationsprobleme: Fälle von religiös motiviertem Mobbing, Gewalteskalationen oder Respektlosigkeiten gegenüber Lehrern häuften sich gerade in Wiener Schulen in erschreckendem Ausmaß. Die Wiener Lehrergewerkschaft schlug wiederholt Alarm, doch man hatte den Eindruck, der Stadtrat setze mehr auf Schönreden und Pilotprojekte als auf konsequente Maßnahmen. So propagierte Wiederkehr etwa ein neues Pflichtfach „Leben in der Demokratie“, um Werte zu vermitteln. An sich eine sinnvolle Idee – doch eine Umsetzung blieb aus, weil Bund und Koalitionspartner nicht mitzogen. Währenddessen ging der Alltag in vielen Wiener Schulen den Bach hinunter. Sogar Vertreter der Grünen (ehem. Koalitionspartner in Wien) räumten ein, dass man hier jahrelang versäumt hat gegenzusteuern. Wiederkehrs Verwaltung – insbesondere Bildungsdirektor Himmer – sah sich schließlich mit so massiver Kritik konfrontiert (bis hin zu den oben zitierten offenen Briefen), dass personelle Konsequenzen gezogen wurden. Himmer verließ vorzeitig die Bildungsdirektion; doch die strukturellen Probleme blieben ungelöst zurück.

³¹<https://www.vienna.at/neues-buch-zeigt-auf-islam-wird-im-schulalltag-zum-immer-groseren-problem/8914462#:~:text=Probleme%20mit%20Islam%20vor%20allem,an%20Wiener%20Schulen> (eingesehen: 20.11.2025)

³²<https://orf.at/stories/3391869#:~:text=Das%20mit%20Abstand%20meiste%20neue,800%29%20ausgeschrieben> (eingesehen: 20.11.2025)

³³<https://www.vienna.at/neues-buch-zeigt-auf-islam-wird-im-schulalltag-zum-immer-groseren-problem/8914462#:~:text=vor%20Generalisierungen%2C%20es%20handle%20sich,Tiktok%20und%20anderen%20Kan%C3%A4len%20h%C3%B6ren> (eingesehen: 20.11.2025)

³⁴<https://orf.at/stories/3391869#:~:text=,Mai%20m%C3%B6glich> (eingesehen: 20.11.2025)

Nun ist Christoph Wiederkehr als Bundesminister für Bildung gefordert. Seit April 2025 trägt er diese Verantwortung.

Die Erfahrungen aus Wien dienen hier als mahnendes Beispiel: Was in Wien schiefgelaufen ist, darf auf Bundesebene keine Fortsetzung finden. In Wien wurde zu lange weggesehen, Probleme wurden verwaltet statt gelöst. Das Resultat ist ein Schulsystem in der Hauptstadt, das stellenweise vor dem Kollaps steht – „*bald droht der Kollaps*“, hatte ein Schuldirektor bereits im Frühjahr gewarnt.

Ein derartiges Versagen darf sich im Rest Österreichs nicht wiederholen. Minister Wiederkehr muss sich nun kritischen Fragen stellen, warum die Zustände an vielen Schulen derart entgleisen konnten und welche Schritte er – gerade auch in Kenntnis der Wiener Situation – gedenkt zu setzen, um die Sicherheit an Schulen wiederherzustellen, den Lehrberuf attraktiv zu halten und die Integration im Schulalltag durchzusetzen.

Die öffentliche Kritik reißt nicht ab: Medien vom *Kurier* bis *Heute* berichteten ausführlich über Gewaltvorfälle, marode Zustände und Hilfeschreie aus dem Lehrerzimmer. Experten wie Heinzlmaier sprechen offen vom „*Asyl- und Flüchtlingswahnsinn*“ und einer „*friedlichen multikulturellen Gesellschaft*“, die es so eben nicht gebe.

Es ist Aufgabe des Bildungsministers, diesen Realitäten ins Auge zu sehen und endlich entschlossen gegenzusteuern. Jede und jeder Beteiligte – Lehrer, Schüler, Eltern – hat ein Anrecht darauf, dass diese Krise an unseren Schulen ernst genommen wird.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten:

- Die Sicherheit und Qualität an österreichischen Schulen sind akut gefährdet.
- Lehrermangel,
- Überlastung der Lehrkräfte durch Bürokratie,
- fehlende Unterstützung von oben,
- Gewalt unter Schülern und
- gegen Lehrer sowie
- massive Integrationsprobleme insbesondere infolge ungebremster Zuwanderung haben ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht.

Ideologische Gender-Experimente an Österreichs Schulen – Sofortiges Eingreifen des Bildungsministeriums erforderlich^{35 36}

Parallel zu diesen Herausforderungen häufen sich aktuell auch die Berichte besorgter Eltern über die zunehmende Präsenz von Gender-Themen bzw. „LGBTQ“-Bezügen in Österreichs Schulen. Beispiele wie die sechs Geschlechteroptionen auf Anmeldeformularen in einer Volksschule in Niederösterreich oder Schulbuchtexte über Geschlechtsumwandlung in einer Volksschule(!) in der Weststeiermark zeigen, dass hier Inhalte vermittelt oder Geschlechtsidentitäten auf eine Weise infrage gestellt werden, wie es für Kinder im Volksschulalter absolut nicht altersgerecht ist. Anhand

³⁵ <https://www.krone.at/3958124> (eingesehen: 20.11.2025)

³⁶ <https://www.heute.at/s/leo-ich-bin-kein-bub-schulbuch-text-empoert-eltern-120142184> (eingesehen: 20.11.2025)

dieser neuesten Beispiele zeigt sich einmal mehr, dass die "Gender-Ideologie" seit Jahren in unseren Schulen auf subversive Weise Einzug hält.

Das Bildungsministerium trägt dafür eine direkte Verantwortung, nicht zuletzt da die Schulbuchkommission, die sich für die Prüfung und Freigabe der Schulbücher zuständig zeichnet, im Ministerium angesiedelt ist.

Österreichs Schulsystem steht vor einer Mehrfachkrise, die nicht länger ignoriert werden darf. Die Liste der Probleme ist lang und sie alle sind dringlich – sie betreffen die Zukunft unserer Kinder und den gesellschaftlichen Frieden. Dennoch wurden Warnsignale viel zu lange ignoriert.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Bundesräte an den Bundesminister für Bildung folgende

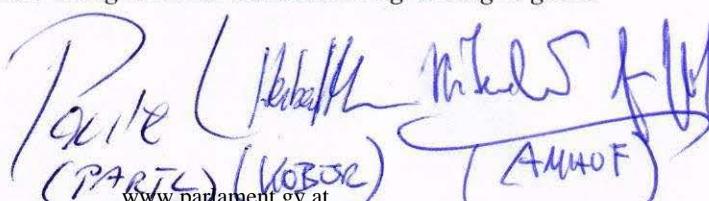
Anfrage

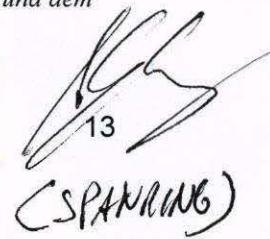
1. Welche Maßnahmen wurden seit April 2025 gesetzt, um die damals rund 6.100 offenen Lehrerstellen zeitgerecht zu besetzen?
2. Wie viele Lehrerstellen sind für das Schuljahr 2025/2026 österreichweit nach wie vor unbesetzt?
 - a. Wie verteilt sich der Mangel auf die einzelnen Bundesländer?
3. Wie viele Klassen werden derzeit österreichweit von nicht voll ausgebildeten Aushilfskräften unterrichtet?
4. Wie viele „Quereinsteiger“ haben sich 2024/25 vom Lehrberuf wieder abgewandt bzw. ihren Vertrag nicht verlängert?
5. Welche Schritte wurden unternommen, um die Lehrerausbildungskapazitäten an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten an den steigenden Bedarf anzupassen?
6. Welche Programme existieren zur Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte in Ballungsräumen wie Wien?
7. Wie begründet das Bildungsministerium die fortgesetzte Verpflichtung zur berufsbegleitenden Absolvierung des Masterstudiums im Lehramt Primarstufe und Sek 1, obwohl Rückmeldungen aus Gewerkschaften darauf hinweisen, dass insbesondere Berufseinsteiger ihre Unterrichtsverpflichtung zugunsten des Studiums reduzieren müssen und damit strukturell zur Verschärfung des bestehenden Lehrkräftemangels beitragen?
8. Wie stark stieg der Anteil bzw. die Nachfrage an in Teilzeit arbeitenden Lehrkräfte im Vergleich zum Jahr 2015?
9. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte durch Überstunden und Mehrdienstleistungen zu reduzieren?
10. Welche Schritte wurden gesetzt, um die seit Jahren kritisierte überbordende Bürokratie an Schulen abzubauen?
11. Wie viele krankheitsbedingte Ausfälle von Lehrkräften wurden im laufenden Schuljahr bisher gemeldet?
12. Wie viele Lehrkräfte haben seit Jahresbeginn den Dienst quittiert oder sind vorzeitig in Pension gegangen?
13. Wie viele Gewaltvorfälle an Schulen wurden im vergangenen Schuljahr österreichweit polizeilich angezeigt?
14. Wie viele Schüler-Suspendierungen wurden im vergangenen Schuljahr österreichweit ausgesprochen?

15. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um sicherzustellen, dass auffällige Schüler während Suspendierungen nicht unbeaufsichtigt bleiben?
16. Welche Maßnahmen wurden seit April 2025 zur Verbesserung der Sicherheit an Schulen umgesetzt?
17. Wie viele Schulpsychologen und Sozialarbeiter stehen derzeit österreichweit zur Verfügung?
 - a. Wie hat sich deren Anzahl seit 2023 verändert?
18. Welche zusätzlichen Ressourcen für Gewaltprävention und Krisenintervention wurden seit April 2025 bereitgestellt?
19. Welche Vorgaben gelten für Schulen bei der Meldung von Gewaltvorfällen an die Behörden?
20. Wie viele Polizeieinsätze an Schulen wurden im vergangenen Schuljahr österreichweit registriert?
21. Wie viele Fälle von Gewalt oder Drohungen gegenüber Lehrkräften wurden im vergangenen Schuljahr gemeldet?
22. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um Lehrkräfte vor Übergriffen und Bedrohungen zu schützen?
23. Welche Schritte wurden gesetzt, um die Integrationsfortschritte bzw. den diesbezüglich Verbesserungsbedarf von Kindern mit Migrationshintergrund im Schulalltag zu erfassen?
24. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um religiös motivierte Konflikte und Mobbing an Schulen zu verhindern?
25. Wie oft mussten an Schulen sogenannte Teams für akute Krisenfälle österreichweit eingesetzt werden? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern und Schultypen)
26. Welche messbaren Verbesserungen gab es durch den Einsatz von Krisenteams an Schulen?
27. Wie viele Fälle von verspäteten oder falschen Gehaltszahlungen sind aktuell noch anhängig?
28. Welche Schritte wurden gesetzt, um die Gehaltsabwicklung für Lehrkräfte zu beschleunigen und Fehler zu vermeiden?
29. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die EDV-Systeme und Verwaltungsprozesse der Bildungsdirektionen zu modernisieren?
30. Welche Schritte wurden gesetzt, um sicherzustellen, dass Entlastungspakete tatsächlich an den Schulen ankommen?
31. Gibt es einen verbindlichen Zeitplan für die Umsetzung aller angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung und Sicherheit an Schulen?
32. Welche Vorgaben bestehen für die Genehmigung und inhaltliche Prüfung von Schulbüchern, insbesondere im Hinblick auf Themen wie Sexualität oder Geschlechtsidentität?
33. Welche Richtlinien gelten für die Gestaltung von Anmeldeformularen an Volksschulen und höhere Bundesschulen, insbesondere bei der Angabe des Geschlechts?
34. Welche Maßnahmen werden Ihrerseits ergriffen, um sicherzustellen, dass ideologische Inhalte in Lehrmaterialien und Formularen vermieden werden?

Informeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage gemäß §61 Abs 3 GO-BR dringlich zu behandeln und dem Erstanfragesteller Gelegenheit zur mündlichen Begründung zu geben.


(Thevermann) (Schöffer)


Renate Schöffer (PARTEI) (VORBER) (AMHOF)
www.parlament.gv.at


13
(SPANNING)

